

2004 - 2012: Acht Jahre zu lang
Die Praxisgebühr muss weg
Die solidarische Bürgerversicherung muss her

Die Bundesregierung von SPD und Bündnis90/Die Grünen hat 2004 die Praxisgebühr eingeführt. DIE LINKE hat dagegen gestimmt und versucht seitdem, sie wieder abzuschaffen. SPD und Grüne haben sich in der Opposition entschieden, den Argumenten der LINKEN zu folgen. Selbst die FDP hat sich seit März 2012 angeschlossen, die Abschaffung der Praxisgebühr aber seitdem im Bundestag blockiert.

Praxisgebühr ist unsolidarisch und gesundheitsgefährdend

Ob arm oder reich: Alle gesetzlich Versicherten müssen 10 Euro zahlen. Geringverdienende vermeiden deshalb eher den Arztbesuch als Menschen mit höherem Einkommen. Dies führt zur Zwei-Klassen-Medizin. Die Praxisgebühr ist eine Strafgebühr für Kranke, die ganz besonders Menschen mit wenig Einkommen belastet. Sie widerspricht dem Solidarprinzip. Wir fordern: Gesundheit gerecht finanzieren, Solidarität stärken!

Geld für die Kranken statt für die Banken!

Die Überschüsse im Gesundheitsfonds müssen den Kranken zu Gute kommen, statt dem Finanzminister zur Rettung der Privatbanken. Die solidarische Bürgerversicherung ist das Konzept der Zukunft. Alle zahlen den gleichen Anteil ihres Einkommens und tragen so nach ihren Möglichkeiten zur Finanzierung der Gesundheitsversorgung bei. Dies bedeutet, dass auch Kapitaleinkommen zur Finanzierung des Gesundheitssystems herangezogen werden. Alle haben den gleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung und alle erhalten die gleichen Leistungen. Ein gerechtes Gesundheitssystem ist möglich. Die Abschaffung der Praxisgebühr ist dafür ein notwendiger Schritt.



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

2004 - 2012: Acht Jahre zu lang
Die Praxisgebühr muss weg
Die solidarische Bürgerversicherung muss her

Die Bundesregierung von SPD und Bündnis90/Die Grünen hat 2004 die Praxisgebühr eingeführt. DIE LINKE hat dagegen gestimmt und versucht seitdem, sie wieder abzuschaffen. SPD und Grüne haben sich in der Opposition entschieden, den Argumenten der LINKEN zu folgen. Selbst die FDP hat sich seit März 2012 angeschlossen, die Abschaffung der Praxisgebühr aber seitdem im Bundestag blockiert.

Praxisgebühr ist unsolidarisch und gesundheitsgefährdend

Ob arm oder reich: Alle gesetzlich Versicherten müssen 10 Euro zahlen. Geringverdienende vermeiden deshalb eher den Arztbesuch als Menschen mit höherem Einkommen. Dies führt zur Zwei-Klassen-Medizin. Die Praxisgebühr ist eine Strafgebühr für Kranke, die ganz besonders Menschen mit wenig Einkommen belastet. Sie widerspricht dem Solidarprinzip. Wir fordern: Gesundheit gerecht finanzieren, Solidarität stärken!

Geld für die Kranken statt für die Banken!

Die Überschüsse im Gesundheitsfonds müssen den Kranken zu Gute kommen, statt dem Finanzminister zur Rettung der Privatbanken. Die solidarische Bürgerversicherung ist das Konzept der Zukunft. Alle zahlen den gleichen Anteil ihres Einkommens und tragen so nach ihren Möglichkeiten zur Finanzierung der Gesundheitsversorgung bei. Dies bedeutet, dass auch Kapitaleinkommen zur Finanzierung des Gesundheitssystems herangezogen werden. Alle haben den gleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung und alle erhalten die gleichen Leistungen. Ein gerechtes Gesundheitssystem ist möglich. Die Abschaffung der Praxisgebühr ist dafür ein notwendiger Schritt.



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G